



**Verband
deutscher Bediensteter
bei internationalen Organisationen
der Vereinten Nationen**

RUNDBRIEF Nr. 96

Oktober 1997

„Auf die Wildbahn der UNO“ geraten

ist nicht nur der ehemalige deutsche Minister Klaus Töpfer ... wir alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben zumindest zeitweise ähnliche Gefühle oder Gedanken gehabt. Die alljährliche Mitgliederversammlung bietet Ihnen wiederum Gelegenheit, Ihre Probleme und Sorgen zu artikulieren.

Postanschrift: VDBIO, Postfach 254, CH-1211 Genf 19
Tel./Fax: +41/22/788.64.77 - Di + Do 10-15 Uhr
Bankkonto: 475.742.29.T UBS Genf - Postgirokonto: Genf 12-17909-7
E-mail: vdbio@compuserve.com

INHALT

Titel	Seite
Einleitung	3
Bericht über den Besuch von Dr. Riedl in Genf	4
Besuch beim AK Deutschland und im Auswärtigen Amt	5
Assoziierte Mitgliedschaft von CERN-Mitgliedern	6
Besuch von Herrn Dreher (BFIO) in Genf	7
Private Arbeitslosenversicherung	7
Neues aus dem Pensionsbereich	9
 <u>Aus der Presse:</u>	
- Die Rolle Deutschlands in der UNIDO	10
- Bonn wird Sitz von UNO-Sonderorganisation	11
- UNDP: Deutscher Beitrag soll halbiert werden	11
- Stiftung <i>Entwicklung und Frieden</i> protestiert gegen Reduzierung der Beitragsleistungen der Bundesregierung an UNDP	12
- Französische Erfolge bei der Besetzung wichtiger internationaler Ämter	
- Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Paris bei der Nominierung internationaler Beamter	14
- Unverständnis über den Fall Eisele	15
Der praktische Tip	16
Leserbrief	17
Und nun einmal etwas ganz anderes!	18

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Erich Riedl hat nach seinem Besuch in Genf sicher ein differenzierteres Bild von den Gehalts- und Arbeitsbedingungen im VN-System mit nach Hause genommen bezüglich der vermeintlich zu hohen Bezüge und „Privilegien“ der Bediensteten in den internationalen Organisationen.

Herr Dr. Willmann konnte anlässlich seines Bonn-Besuchs unseren guten Kontakt zum Auswärtigen Amt vertiefen und einen personellen Neuanfang im Arbeitskreis Deutschland verzeichnen, der sicherlich helfen wird, die Beziehungen zwischen Arbeitskreis und Gesamtvorstand auf eine neue, konstruktive Basis zu stellen.

Neue Impulse wird der Verband auch von den deutschen CERN-Mitarbeitern erhalten, die zum Teil ähnliche Probleme haben und sich deshalb dem VDBIO anschließen wollen.

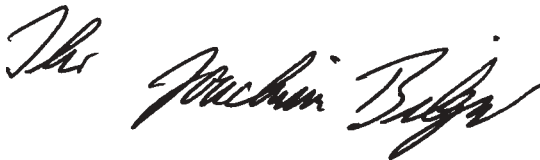
Ein weiterer Besucher in Genf war Herr Dreher, der neue Leiter des BFIO in Frankfurt, dem eine bedeutende Rolle in der deutschen Personalpolitik in den VN und Entwicklungsbanken sowie anderen internationalen Organisationen zukommt - eine Rolle, die sicherlich noch ausgebaut werden könnte.

Auch an praktischen Hinweisen fehlt es diesmal nicht: Unser bewährter Fachmann für Sozialfragen, Herr Creutz, erläutert die in Kürze bestehende Möglichkeit, einer von einer französischen Versicherungsgesellschaft getragenen privaten Arbeitslosenversicherung beizutreten. Herr Harder berichtet über Neues aus dem Pensionsbereich und im “Praktischen Tip” geht es diesmal um Schulfragen.

Zu den Zeitungsartikeln möchte ich nur einen Kommentar abgeben: Der VDBIO-Vorstand steht voll hinter der Presseerklärung der “Stiftung Entwicklung und Frieden”, die die erheblichen Kürzungen des deutschen Beitrags zum Entwicklungsprogramm der VN (UNDP) kritisiert.

Auch wenn er ganz am Ende steht: Übersehen Sie bitte nicht den Aufruf des Fonds “1% für Entwicklung”!

Mit den besten Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Jürgen Böhner". The signature is written in a cursive, flowing style with some loops and flourishes.

Unberechtigte Privilegien für deutsche VN-Bedienstete? ***Bericht über den Besuch von Dr. Riedl (MdB) in Genf***

Herr Dr. Erich Riedl ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Rapporteur des Haushaltsausschusses des Bundestags und hat somit eine wichtige Funktion bei allen ausgabenwirksamen Entscheidungen der Bundesregierung. Der Haushaltsausschuß des deutschen Bundestages hat vor allem im letzten Jahr dadurch von sich reden gemacht, daß er die vermeintlich hohen Gehälter und besonderen Privilegien der Bediensteten in internationalen Organisationen kritisierte und daraufhin eine Empfehlung an die Bundesregierung formulierte, die "unberechtigten Privilegien der deutschen Bediensteten in internationalen Organisationen abzuschaffen."

Der VDBIO nahm dies zum Anlaß, anläßlich der Reise nach Bonn von Herrn Bilger und Herrn Haftendorf im Februar des Jahres auch Herrn Dr. Riedl einen Besuch abzustatten (siehe Rundbrief 93). Im Laufe des Gesprächs gelang es, gegenüber Herrn Dr. Riedl klarzustellen, daß die "internationalen Organisationen" zu denen die VN, die Weltbank-Gruppe, die EU-Institutionen, die OECD etc. gehören, keine homogene Einheit darstellen, und daß von allen diesen Organisationen das VN-System die ungünstigsten Arbeits- und Besoldungsbedingungen ausweist. Herr Dr. Riedl betonte bei diesem Gespräch, daß er Bedarf nach mehr Informationen habe und er bei seinem nächsten Genfbesuch an einem Treffen mit dem VDBIO und Mitarbeitern aus den verschiedenen VN-Organisationen großes Interesse habe.

Dieser Besuch fand am 3. November statt. Der deutsche Botschafter, Herr Dr. Höyneck, lud zu einem Gespräch in die Vertretung ein, an dem der Vorstand des VDBIO, Vertreter des Arbeitskreises Genf und des CERN sowie neben Herrn Dr. Riedl auch Herr Rothmann aus der Zentralabteilung des Auswärtigen Amtes in Bonn, der Botschafter und Generalkonsul Flittner teilnahmen.

Dr. RIEDL
(München)



Foto von
Original

Herr Dr. Riedl eröffnete das Gespräch und stellte die folgenden Fragen:

1. Wie steht es um die Präsenz der Deutschen in internationalen Organisationen?
2. Warum ist der VDBIO der Meinung, daß die Deutschen nicht genügend Unterstützung durch die deutsche Regierung erhielten, und diese kein Konzept in der VN-Politik habe ?
3. Wie ist die Situation der VN-Bediensteten in Genf?

In der folgenden zweistündigen Diskussion wurde zunächst einmal von Seiten des VDBIO klargestellt, wie die Arbeits- und Gehaltsbedingungen im VN-Bereich tatsächlich aussehen, und daß am Dienort Genf, an dem offensichtlich alle vermeintlichen "Privilegien" gemessen werden, nur ein Drittel der Bediensteten tätig sind, während die Hälfte der ca. 18.200 höheren Beamten der VN an Dienorten im "Feld" arbeitet - in aller Regel zu wesentlich ungünstigeren Gehalts- und Arbeitsbedingungen als z.B. vergleichbare deutsche Beamte im höheren Auswärtigen Dienst. Diese, vor allen Dingen im Vergleich zu Deutschland, unzureichenden Arbeits- und Karrierebedingungen führen

dazu, daß die deutsche Präsenz im VN-System rückläufig ist.

Ein weiterer Diskussionspunkt war das "Spiralmodell", mit dem das Auswärtige Amt mehr deutsche Beamte in das VN-System einschleusen will, damit diese eine bestimmte Zeit lang internationale Erfahrung sammeln - ein Modell, das vom VDBIO stark kritisiert wird, da es die Karriereöglichkeit der Mehrheit der deutschen VN-Bediensteten eher behindert.

Am Abend hatte Herr Botschafter Höyneck noch zu einem Arbeitsessen mit dem Abgeordneten und jungen Deutschen aus dem Programm für Beigeordnete Sachverständige in seine Residenz geladen, an dem auch der VDBIO-Vorstand teilnahm. Bei der Diskussion ging es im wesentlichen darum, welche Unterstützung junge Deutsche bei dem Einstieg in das VN-System erhalten haben. Es zeigte sich, daß der Übergang vom Beige-

ordneten Sachverständigen in den regulären Dienst hauptsächlich durch eigene Initiative und ohne Unterstützung von deutschen Stellen gelang.

Das Resümee der Diskussion und des Arbeitsessens kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

- Herr Dr. Riedl hat sicherlich nach dieser Diskussion ein differenzierteres Bild von den unterschiedlichen Gehalts- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen internationalen Organisationen und von den besonderen Problemen der deutschen Bediensteten im VN-System. Es war keine Rede mehr von irgendwelchen "Privilegien", selbst bei den in Genf tätigen Bediensteten.

- In der derzeitigen wirtschaftlichen und finanziellen Situation in Deutschland ist aber von Seiten der Bundesregierung z.Zt. keine Unterstützung zu erwarten, die ein zusätzliches finanzielles Engagement nach sich zieht.

Klaus Haftendorn, Genf

Besuch beim AK Deutschland und im Auswärtigen Amt *Neuwahl des Vorstands in Bonn*

Im Rahmen seiner jährlichen Mitgliederversammlung besuchte Vorstandsmitglied Hans Willmann am 20. Oktober d. J. den Arbeitskreis Deutschland in Bonn. Auf der auch von einigen auswärtigen, d.h. nicht in Bonn ansässigen und eigens zur Mitgliederversammlung angereisten Mitgliedern, besuchten Jahresversammlung wurde unter anderem dem scheidenden Vorstand mit Herrn Dr. Langen als Vorstandssprecher sowie Frau Gaymann und Frau Held als stellvertretende Sprecherinnen für sein Engagement und die erfolgreiche Arbeit in den vergangenen Jahren gedankt.

Im Vordergrund der Veranstaltung stand der Bericht des Sprechers, der u.a. auf

die gestiegene Bedeutung Bonns im VN-Kontext hinwies: Mit der nun beschlossenen Übersiedlung des Klimasekretariates nach Bonn seien nun zwei wichtige VN-Bereiche hier ansässig. Dies wirke sich, wenn auch erst langsam, auf die Mitgliederstruktur im AK Deutschland aus, der sich bislang fast ausschließlich aus Pensionären zusammensetzte.

Ausführlich besprochen wurden auch noch einmal die „Sechs Bonner Thesen“, in denen der AK Deutschland bereits im Mai 1995 seinen Standpunkt zur Schwerpunktsetzung in der Arbeit des Gesamtverbandes dargelegt hatte. Nicht nur die inhaltliche Seite der Thesen, sondern auch der Umgang mit

diesem Papier in der Diskussion zwischen dem Gesamtvorstand in Genf und dem Arbeitskreis in Bonn wurde offen angesprochen. In den vergangenen zwei Jahren hatte es inhaltliche Meinungsverschiedenheiten, aber auch Kommunikationsprobleme allgemeiner Art zwischen dem AK Deutschland und dem Gesamtvorstand in Genf gegeben.

Die Mitgliederversammlung wählte als neuen Vorstandssprecher des AK Deutschland Herrn Dr. Manfred Kulessa (zuletzt UNDP Resident Representative in China) sowie als Stellvertreter Herrn Trogemann (UNV) und Frau Held (IOM). Letztere will ihre Tätigkeit im Vorstand des AK noch bis zu ihrer möglichen Versetzung im nächsten Jahr weiterführen. Der Gesamtvorstand wünscht dem neuen Bonner Vorstand im Namen aller Mitglieder viel Erfolg bei seiner Arbeit.

Abgeschlossen wurde die Mitgliederversammlung durch einen aufgrund der fortgeschrittenen Zeit leicht gekürzten, aber außerordentlich interessanten und anschaulichen Vortrag von Herrn Dr. Friedrich über aktuelle Aspekte der Reform der Vereinten Nationen.

Neben dem Besuch beim AK Deutschland standen noch zwei Gesprächstermine mit Vertretern des Auswärtigen Amtes auf dem Programm, an denen auch Herr Dr. Kulessa teilnahm. Zum einen wurde mit Frau Siefker-Eberle, die in Nachfolge des nach New York gewechselten Herrn Marquardt seit kurzem die Stelle des Koordinators für internationale Personalpolitik besetzt, im Rahmen eines gegenseitigen Kennenlernens kurz über verschiedene

Aspekte der Koordination deutscher Personalpolitik im VN-Bereich gesprochen. Daneben ging es auch um die Möglichkeit, im Rahmen der Ausbildung für die Anwärter im höheren Auswärtigen Dienst auch die spezifischen Situationen und Probleme deutscher VN-Bediensteter im Feld und an schwierigen Dienstorten mit in das Ausbildungsmodul "Internationale Organisationen" aufzunehmen.

In dem anschließenden ausführlichen Gespräch mit dem Leiter des Referates VN 13, Herrn Joachim Schmidt, wurden unter anderem noch einmal die Bedenken und Vorbehalte des VDBIO gegen das sogenannte 'Spiralmodell' zum Ausdruck gebracht, das in der vorgesehenen Weise nicht den Interessen der Mehrheit der zur Zeit im VN-System arbeitenden deutschen Bediensteten gerecht wird bzw. deren eigener Karriereplanung voll entgegenlaufen würde. Aller Voraussicht nach würde es auch bei den betroffenen Organisationen nicht auf die erhoffte Resonanz stoßen.

Herr Schmidt wies u.a. auf die kürzlich in New York erfolgte Darlegung der deutschen Position innerhalb der sogenannten Genfer Gruppe hin, mit ihrem klaren „Nein“ zu der Forderung anderer Mitgliedstaaten zu mehr temporären Stellen im VN-System. Der VDBIO begrüßte diese deutliche Stellungnahme, weil diese gewollte Verschärfung des Trends zu mehr zeitlich befristeten Stellen (und damit immer weniger regulären) die ohnehin schon starke Verunsicherung und Frustration der VN-Mitarbeiter in Bezug auf die Arbeitsplatzsicherheit nur noch weiter steigern würde.

Hans Willmann, Genf

Assoziierte Mitgliedschaft von CERN-Mitgliedern

Im Hinblick auf die Beziehungen zum Heimatland sind die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen beim CERN mit denen unserer Verbandsmitglieder praktisch deckungs-

gleich. Die Unterschiedlichkeit des CERN-Personalstatuts spielt dabei keine Rolle; ähnliche Unterschiede sind auch bei Mitgliedern gegeben, die z.B. in Organisationen der Welt-

bank-Gruppe arbeiten. Seit September d. J. ist daher die individuelle assoziierte Mitgliedschaft von CERN-Bediensteten im Arbeitskreis ermöglicht worden. Es ist vorgesehen, auf der Mitgliederversammlung im Frühjahr 1998 einen Beschluß über die Vollmitgliedschaft des CERN als „gleichartiger Organi-

sation“ (im Sinne des Artikels 1, Abs. 2 der VDBIO-Satzung vom 11. Mai 1992) herbeizuführen.

Vom Tage ihrer Aufnahme als assoziierte Mitglieder an können CERN-Mitarbeiter in Zukunft an den Veranstaltungen des Arbeitskreises Genf teilnehmen.

Besuch von Herrn Dreher (BFIO) in Genf

Am Montag, den 20. November 1997 fand ein Gespräch von Vertretern der Beigeordneten Sachverständigen und des Vorstands (Herr Haftendorn, Herr Harder, Herr Willmann und Frau Schumm) mit Herrn Dreher, dem neuen Leiter des BFIO, in Genf statt.

Herr Dreher wies dabei auf die verbesserte Ausstattung und Arbeitsorganisation des BFIO in Frankfurt hin, das neuerdings ans Internet angeschlossen ist. Die Ausschreibungen, so Herr Dreher, kämen aber weiterhin mit normaler Post - oft mit Verspätung. Viele dieser Stellenangebote seien letztlich "Scheinausschreibungen".

Als Maßstäbe für den Erfolg des Programms Beigeordnete Sachverständige (JPO) wurden die Übernahmequote und - längerfristig gesehen - auch die Berufserfahrung im internationalen Bereich, der Erwerb von

Sprachkompetenz und Fachkenntnissen genannt. Die Internationalen Organisationen ständen dem Programm positiv gegenüber. Problematisch sei aber, die je nach Organisation und Abteilung unterschiedlich hohe Übernahmequote.

Am folgenden Dienstag waren Herr Dreher vom BFIO, eine Reihe von jüngeren Kollegen aus den Genfer Organisationen sowie zwei Vorstandsmitglieder des VDBIO (Herr Bilger und Herr von Rohland) zu einem Mittagessen im Generalkonsulat eingeladen. Dabei konnte die Diskussion vom Vortag noch einmal vertieft werden. Der Vorstand möchte sich bei dieser Gelegenheit bei Herrn Generalkonsul Flittner herzlich für diese Einladung und neuerliche Initiative in Sachen deutsche Personalpolitik in den VN bedanken.

Hans-F. von Rohland, Genf

Private Arbeitslosenversicherung

Viele unserer Mitglieder werden bereits von der im Juni d. J. eingeführten privaten Versicherung für französische internationale Bedienstete bei unfreiwilliger Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses gehört haben. Es handelt sich um einen Gruppenversicherungsvertrag zwischen der „*Association pour la Protection Sociale des Fonctionnaires Internationaux*“ - APSFI (Vereinigung für die

soziale Sicherung der französischen internationalen Bediensteten) und der „*Caisse Nationale de Prévoyance*“ - CNP (Nationale Vorsorgekasse) in Paris.

Die wesentlichen Vertragsbedingungen sind wie folgt:

- die Versicherung ist freiwillig;
- die Finanzierung erfolgt ausschließlich durch Beiträge der Bediensteten;

- das versicherte Risiko richtet sich nach der Beschäftigungsdauer im internationalen Dienst, und zwar im umgekehrten Verhältnis;
- die Nichterneuerung eines Zeitvertrages gilt gleichfalls als Verlust der Beschäftigung;
- es bestehen vier Risikograde für vier Dienstzeitkategorien;
- der Beitragssatz reicht von 2,7% bis 0,35% des Bezugslohns.
- Anspruchseröffnung nach mindestens 12 Beitragsmonaten. Die Leistungen sind zahlbar nach Ablauf einer Karenzzeit von 2-4 Monaten seit dem Verlust der Beschäftigung; sie sind degressiv gestaffelt und belaufen sich auf 70% - 50% des Bezugslohns.
 - Die Leistungsdauer beträgt je nach der Dauer der zurückgelegten Dienstzeit zwischen 12 und 18 Monaten.
 - Die Dienstdauer umfaßt die Dienstzeit bei einer oder bei mehreren Organisationen, vorgesetzt daß keine Unterbrechungen von mehr als sechs Monaten vorliegen.
- Der Höchstbetrag des Bezugslohns entspricht dem Nettoverdienst einschließlich ständiger Zulagen und Zuschläge.
- Der Versicherte bestimmt den gewünschten Bezugslohn bis zur vorgenannten Höchstgrenze. Zum Ende eines jeden Versicherungsjahres kann er mittels dreimonatiger Vorankündigung seinen Bezugslohn erhöhen oder verringern. Die Leistungen werden in jedem Fall aufgrund der in den letzten 12 Monaten seit Anspruchseröffnung entrichteten Beiträge berechnet.
- Die Leistungen sind kumulierbar mit den

regulären Zahlungen der Organisationen aus Anlaß der Beendigung des Dienstverhältnisses; ausgenommen sind vereinbarte Zahlungen bei Ausscheiden auf Wunsch des Versicherten.

- Der Leistungsanspruch entfällt bei Entlassung durch eigenes Verschulden, bei Eintritt in den Ruhestand oder Vorruhestand, bei Beendigung der Beschäftigung aufgrund einer auf Veranlassung des Bediensteten getroffenen Vereinbarung mit der Organisation; bei Wiederaufnahme einer entgeltlichen Beschäftigung innerhalb oder außerhalb des internationalen Dienstes.

Nicht zuletzt aufgrund der intensiven Bemühungen des Vorstands des VDBIO, die Beitrittsmöglichkeit zum Gruppenvertrag APSFI - CNP auch internationalen Bediensteten anderer Staatsangehörigkeit zu eröffnen, ist nunmehr in Paris die Entscheidung dahingehend getroffen worden, den persönlichen Geltungsbereich der Versicherung auf *alle* internationale Bediensteten, die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates sind, zu erstrecken.

Das Wirksamwerden dieser Erstreckung ist wegen der erforderlichen administrativen Vorarbeiten für Frühjahr 1998 vorgesehen. Sobald dem Vorstand die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung stehen, werden wir unsere Mitglieder eingehend über diese Möglichkeit der Absicherung für den Fall der unfreiwilligen Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses informieren.

Helmut Creutz, Genf

Neues aus dem Pensionsbereich

Anfang Juli dieses Jahres tagte der Ständige Ausschuß des VN-Pensionsrats in New York. Der Pensionsrat selbst wird seine nächste ordentliche Tagung erst 1998 abhalten. Von den Punkten auf der Tagesordnung des Ständigen Ausschusses dürften lediglich zwei von genügendem Interesse sein, um an dieser Stelle erwähnt zu werden.

Der erste Punkt betrifft die Frage der Ansprüche geschiedener Ehegatten im Rahmen des Pensionssystems, ein Thema, das schon seit geraumer Zeit zur Debatte steht. Bislang hatten geschiedene Ehegatten keine Möglichkeit, Unterhaltsansprüche gegen einen Bediensteten einer Organisation oder VN-Pensionär gegenüber der betreffenden Organisation oder der Pensionskasse direkt geltend zu machen. Der Ständige Ausschuß hat nun eine Änderung der Verwaltungsregel B.4 der Pensionskasse angenommen, wonach letztere aufgrund eines Gerichtsbeschlusses oder auf Ersuchen einer Gerichts- oder Zivilbehörde Auskünfte über einen Versicherten und dessen Ansprüche erteilen darf. Dies ist allerdings nur nach Rücksprache der Kasse mit dem Versicherten möglich, der innerhalb 30 Tagen Einspruch erheben kann. Die Auskünfte beschränken sich auf die Adresse des Pensionsberechtigten und die Höhe der zukünftigen Pensionsansprüche beziehungsweise, im Falle eines Pensionsempfängers, die Höhe der bezogenen Leistungen. Die Pensionskasse muß deutlich machen, daß sie die Auskünfte freiwillig erteilt und daß dadurch die Privilegien und Immunitäten der Organisation nicht berührt werden.

Der Sekretär der Pensionskasse wird dem Pensionsrat im Sommer 1998 ein umfassendes Papier über weitere Aspekte der Frage vorlegen, darunter die Möglichkeit der unmittelbaren Zahlung eines gerichtlich anerkannten Teils der Pension an geschiedene Ehegatten durch die Kasse. Eine entsprechen-

de Regelung ist bereits bei der Weltbank in Kraft. Ferner geht es um die Witwen- oder Witwerpension in Fällen, in denen die Eheschließung nach der Pensionierung des verstorbenen Ehegatten stattgefunden hat, sowie der Waisenpension, wenn das Kind nach der Pensionierung des Versicherten empfangen wurde. In beiden Fällen bestehen zur Zeit keine Ansprüche.

Es ist erfreulich, daß die VN-Pensionskasse zum erstenmal einen Schritt, wenn auch einen kleinen, in Richtung auf eine Anerkennung der Rechte geschiedener Ehegatten unternimmt. Aber auf dem Weg zu einem modernen und realistischen Besoldungs- und Versorgungsrecht bleiben noch viele ideologische, technische und praktische Hindernisse zu überwinden. Die Diskussion über dieses Problem wird sicher an Intensität zunehmen.

Der zweite Punkt auf der Tagesordnung, der die aktiven Kassenteilnehmer ebenso wie die Pensionäre interessieren wird, ist der Beginn einer Verwaltungsreform, die nicht ohne finanzielle Konsequenzen verlaufen wird. Im vergangenen Jahr wurde der Sekretär vom Pensionsrat ersucht, ein "Konzeptpapier" über die derzeitigen Verwaltungsvorkehrungen zwischen der Pensionskasse, den Vereinten Nationen und den übrigen Mitgliedsorganisationen vorzulegen, begleitet von einer Untersuchung darüber, ob sie für den Betrieb der Pensionskasse für mindestens weitere zehn Jahre geeignet sind. Im Klartext geht es darum, daß die VN Einsparungen erzielen möchte, indem sie die Kosten der Verwaltung der Pensionskasse stärker auf andere Organisationen und/oder auf die Kasse selbst abwälzt. Bereits erfolgt ist die Verlagerung des gesamten EDV-Betriebs zum Internationalen Rechenzentrum in Genf, wobei der bisherige kostengünstige Service der VN durch die Umlage der vollen EDV-Kosten abgelöst wurde. Die zu erwartende Ver-

waltungsreform ist hauptsächlich ein finanzielles und politisches Problem, und Prognosen über ihr Ergebnis sind vorläufig nicht möglich. Die VN-Pensionskasse ist inzwischen den Kinderschuhen längst entwachsen und könnte mit ihren mehr als 67 000 Versi-

cherten, 41 000 Pensionsempfängern und nahezu 20 Milliarden Dollar Vermögen sicher mehr Unabhängigkeit vertragen, doch fragt es sich zu welchem Preis.

C.H. Harder, Genf

Aus der Presse:

Mauricio de Maria y Campos: Reform mit Resultaten - Die UNIDO ist für die neuen Herausforderungen gerüstet

Die Rolle Deutschlands in der UNIDO

(...) Während die positive Evaluierung durch das dänische Expertenteam und die von mir begrüßte Entscheidung der britischen Regierung eine deutliche Anerkennung der wesentlichen Rolle der reformierten UNIDO im Bereich der multilateralen Technischen Zusammenarbeit darstellen, wurde die endgültige Position Deutschlands noch immer nicht festgelegt. ... Das Bundeskabinett beschloß im Dezember 1996, eine endgültige Entscheidung über den weiteren Verbleib Deutschlands in der UNIDO innerhalb dieses Jahres zu treffen.

Es ist weithin anerkannt, daß die Entwicklungszusammenarbeit nicht unter ausschließlich kommerziellen Gesichtspunkten betrachtet werden kann. ... Dessen ungeachtet ist die Frage legitim, welche Vorteile Deutschland aus der UNIDO-Mitgliedschaft bezieht. In erster Linie sind die Vorteile politischer Natur. Die Entwicklungsländer und in jüngster Zeit auch die Reformstaaten Osteuropas haben Deutschland als zuverlässigen Partner schätzen gelernt, was zur weiteren Festigung des deutschen Ansehens in der Welt beigetragen hat. Diese Staaten erwarten, daß Deutschland weiterhin eine starke und aktive Rolle in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit spielen wird und wä-

ren enttäuscht, wenn Deutschland sich von einer Organisation wie der UNIDO zurückziehen würde, die die volle Unterstützung aller Entwicklungsländer und der Reformstaaten genießt.

Über diesen politischen Nutzen hinaus bezieht Deutschland aber auch handfeste kommerzielle Vorteile durch seine Zusammenarbeit mit der UNIDO. Im Jahre 1996 wurden 14 v.H. aller Beschaffungsaufträge für die Durchführung von UNIDO-Entwicklungshilfe-projekten an deutsche Firmen und Experten vergeben - mit einem Gesamtwert von 10 Millionen DM. Zu diesen direkten Zahlungen an deutsche Anbieter müssen noch die indirekten Vorteile gerechnet werden, die deutschen Firmen aus der Entstehung neuer Geschäftsbeziehungen und der Öffnung neuer Märkte zugute kommen.

Die UNIDO hat erst kürzlich eine Umfrage zu diesem Thema unter den etwa 120 deutschen Dienstleistern und Produzenten durchgeführt, mit denen sie in den letzten Jahren zusammengearbeitet hatte. Bei einer Rücklaufquote von fast 50 v.H. bestätigte diese Umfrage, daß die deutschen Zulieferer und Experten einen überwiegend positiven Eindruck von der Organisation und der Zusammenarbeit mit ihr haben. Natürlich spielt die

gegenwärtige Lage der öffentlichen Finanzen in Deutschland eine wichtige Rolle bei den Überlegungen über einen Verbleib Deutschlands in der UNIDO. Dabei sollte man aber nicht die tatsächlichen Größenordnungen aus den Augen verlieren: der deutsche Pflichtbeitrag an die UNIDO beträgt, wie erwähnt, jährlich etwa 16 Millionen DM. Diese Summe stellt nicht mehr als 0,2 v.H. des diesjährigen Budgets des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dar. Ein deutscher Entschluß, für einen solch verhältnismäßig geringen Betrag die

Zukunft einer Organisation wie der UNIDO aufs Spiel zu setzen, wäre schwer erklärbar, zumal inzwischen akzeptiert ist, daß sich die UNIDO an vorderster Stelle der Reformbemühungen in den Vereinten Nationen befindet. Eine Organisation, die so viel wie die unsere in diesem Bereich geleistet hat, mit dem Austritt zu bestrafen, würde darüber hinaus kaum ein positives Zeichen für den weiteren Reformprozeß des gesamten UN-Systems setzen.

Quelle: Vereinte Nationen 4/97 (Auszug)

Bonn wird Sitz von UNO-Sonderorganisation

Nach dem Verlust der Hauptstadtwürde mausert sich Bonn zur Stadt der Vereinten Nationen: Das Sekretariat der UNO-Wüstenkonvention zieht von Genf an den Rhein. Die Entscheidung fiel am Freitag einstimmig auf der ersten Vertragsstaatenkonferenz der UNO-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (CCD) in Rom.

Außenminister Klaus Kinkel wertete dies als einen „wichtigen Erfolg der Bemühungen der Bundesregierung für den weiteren Ausbau Bonns zur UNO-Stadt.“ Die etwa 30 Mitarbeiter sollen im Lauf des Jahres 1998 in die Büroräume im UNO-Zentrum „Haus Carstanjen“ umziehen.

Handelsblatt, 6. Okt. 1997

UNDP / Deutscher Beitrag soll halbiert werden *Kritik an Sparpolitik*

Die UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) hat die drastische Kürzung des deutschen Beitrags für ihre Arbeit kritisiert. „Erst unternehmen wir alle geforderten Reformanstrengungen, dann werden uns die Gelder gestrichen,“ klagte der Hauptkoordinator des UNDP-Berichts, Richard Jolly, am Mittwoch auf einer gemeinsamen Veranstaltung von UNDP und Stiftung für Entwicklung und Frieden in Bonn. Nachdem das deutsche Entwicklungsministerium 1996 noch 133 Mill. DM an das UNDP gezahlt habe, seien 1998 nur noch 90 Mill. DM geplant. Das sei auf Dollarbasis eine Kürzung um mehr als

50% in nur zwei Jahren. Das UNDP, das wichtigste UNO-Gremium für Entwicklungshilfe, ist auf freiwillige Beitragszahlungen seiner Mitglieder angewiesen. 1996 lag Deutschland hinter Japan, Dänemark und den Niederlanden auf Rang vier der Geber. Das UNDP verwaltet unter anderem das UNO-Freiwilligenprogramm, das 1996 von Genf nach Bonn umzog, und das Büro zur Bekämpfung von Desertifikation und Dürre (UNSO), dessen Umzug nach Bonn in der vergangenen Woche besiegelt wurde.

Handelsblatt, 9. Oktober 1997

Stiftung Entwicklung und Frieden protestiert gegen Reduzierung der Beitragsleistungen der Bundesregierung an UNDP

Aus Anlaß der gemeinsamen Internationalen Konferenz von Stiftung und Entwicklung und Frieden und United Nations Development Programme (UNDP) am 8. Oktober 1997 in Bonn zum Thema „Globalisierung und Entwicklung“ erklärte der Geschäftsführer der Stiftung Entwicklung und Frieden, Dr. Burkhard Könitzer:

UNDP wurde von den Mitgliedsstaaten der UNO in den vergangenen Jahren immer wieder als wichtigstes globales Gremium für die Technische Entwicklungszusammenarbeit bestätigt.

Die Agenda 21, das Aktionsprogramm des Erdgipfels von Rio de Janeiro 1992, spricht beispielsweise von der „**herausragenden Bedeutung**“ UNDP's für den Rio-Folgeprozeß.

In der „Agenda für Entwicklung“, die von der UNO-Generalversammlung im Juni 1997 im Konsens (d.h. auch mit der Stimme Deutschlands) verabschiedet wurde, heißt es: „*Die Fonds und Programme der Vereinten Nationen sind wichtige Mittel zur Förderung der Entwicklungszusammenarbeit.*“ Notwendig sei allerdings eine „*substantielle Erhöhung der Ressourcen*“ auf einer „*voraussagbaren, dauerhaften und sicheren Grundlage*“. Auch die Bundesregierung hat in der Vergangenheit wiederholt die wichtige Rolle von UNDP betont. Bundesminister Spranger lobte noch vor einem Jahr, daß UNDP, „*auf den Prinzipien der Universalität und der Neutralität gründend*“, die Entwicklungsländer in einer Weise unterstützen kann, „*die bilateral oft nicht zu leisten ist.*“ Und er beteuerte damals: „*Unsere aktive Mitwirkung auch in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist ein Beleg für unsere Bereitschaft, gemeinsam mit der Völkergemeinschaft globale Ver-*

antwortung zu übernehmen und das nötige zur Sicherung der Zukunft der Welt zu tun.“

Im krassen Gegensatz zu diesem Bekenntnis steht der finanzielle Beitrag Deutschlands zum UN-Entwicklungsprogramm. Die Beiträge stagnierten seit Jahren und sollen nun innerhalb eines Jahres von 120 Mio. DM (1997) auf 90 Mio. DM (1998), d.h. um ganze 25 Prozent, reduziert werden. Nach einer zehnpromzentigen Beitragskürzung im Jahr davor und in Folge des hohen Dollar-Kurses werden damit die deutschen Beiträge an UNDP innerhalb von zwei Jahren um rund 50 Prozent gesenkt.

Eine derartige Reduzierung der freiwilligen Beitragsleistungen an UNDP ist ein Skandal und und in keiner Weise mit den derzeitigen Haushaltsengpässen in Deutschland zu begründen.

Die Folgen für die Projektarbeit von UNDP sind, wie uns der UNDP-Administrator James G. Speth bei einem Besuch der Stiftung Entwicklung und Frieden vor zwei Wochen sagte, katastrophal. Er wies auch auf die negative politische Signalwirkung derart massiver Streichungen hin. Fast am gleichen Tag, dem 24. September 1997, prangerte Bundesaußenminister Kinkel vor der UNO-Generalversammlung in New York erneut das Mißverhältnis zwischen den Entwicklungsausgaben der UNO und den Weltrüstungsausgaben an. Während den UN-Entwicklungsfonds und -programmen insgesamt gerade einmal 4,6 Mrd. US-Dollar - und damit 80 Cent pro Kopf der Weltbevölkerung - zur Verfügung stünden, beliefen sich die weltweiten Rüstungsausgaben auf 767 Mrd. US-Dollar (1994), oder 134 Dollar pro Kopf. Kinkel bezeichnete dieses Mißverhältnis als

„unerträglich“ und fügte wörtlich hinzu:
„*We must all look beyond the rim of our national interests. There is no more time to lose. We cannot simply come here, make and listen to speeches, then return to business as usual for another twelve months.*“ Es ist zu hoffen, daß Bundesregierung und Bundestag diese Worte in Bezug auf die Entwicklungsarbeit der UNO beherzigen und den geplanten Kahl-schlag zurücknehmen. Dies ist nicht nur eine Frage der globalen Verantwortung Deutschlands, sondern auch der Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik in der UNO.

Die freiwilligen Beitragszahlungen Deutschlands an UNDP seit 1982:

1982: 114 Mio DM
1984: 116 Mio DM
1990: 130 Mio DM
1991: 130 Mio DM
1992: 133 Mio DM
1993: 138 Mio DM
1994: 138 Mio DM
1995: 133 Mio DM
1996: 133 Mio DM
1997: 120 Mio DM
1998: 90 Mio DM (geplant)

Französische Erfolge bei der Besetzung wichtiger internationaler Ämter

Der Fall Trichet/ Viele Länder beneiden Paris/Geringschätzung von Auslandstätigkeiten in Deutschland

Die französische Regierung hält es nach eigenen Angaben für einen gänzlich natürlichen Vorgang, Kandidaten für die Führungspositionen bei der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) zu beanspruchen. Während der Kandidat für die Zentralbank, Trichet, bereits bekannt ist, gibt es noch keinen offiziellen Vorschlag für das Amt des Präsidenten der EBRD mit Sitz in London. Inoffiziell heißt es aber in Paris, die Regierung wolle den gegenwärtigen Generaldirektor des staatlichen Finanzhauses *Caisse des Dépôts* und früheren Vizepräsidenten der Bank von Frankreich, Lagayette, vorschlagen.

Die Franzosen werden für ihre Fähigkeit, Landsleute bei internationalen Organisationen an hoher Stelle unterzubringen, von vielen anderen Ländern, darunter auch Deutschland, beneidet. Dennoch ist das Gewicht der Franzosen in internationalen Wirtschaftsorganisationen rückläufig. Sie stellen zwar

den Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) und den Präsidenten der EBRD. Dafür haben sie in den vergangenen Jahren den Zugriff auf die Präsidentschaft der Europäischen Kommission und das Generalsekretariat der in Paris ansässigen Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa (OECD) abgeben müssen. Die Franzosen haben es in den vergangenen Jahren im Gegenzug verstanden, ihre Position beim IWF zu stärken. Als der Währungsfonds und seine Schwesterorganisation, die Weltbank, nach dem Zweiten Weltkrieg in Washington als Institutionen zur Regulierung wirtschaftlicher Ungleichgewichte in der Welt gegründet wurden, einigten sich die großen Mächte auf eine Arbeitsteilung. Die Weltbank sollte von einem Amerikaner und der Währungsfonds von einem Europäer geleitet werden. Seitdem waren unter den sieben Geschäftsführenden Direktoren des Fonds drei Franzosen, zwei Schweden, ein Holländer und ein Belgier. Die

französischen Vertreter waren Schweitzer (1963 bis 1973), de Larosière (1978 bis 1987) und Camdessus (seit 1987). Obgleich Camdessus den Fonds eigentlich 1997 verlassen sollte, setzte die französische Regierung, nach Informationen aus Bonn ohne Absprache mit der Bundesregierung, eine dritte Amtszeit für Camdessus durch. ...

In diplomatischen Kreisen werden die Erfolge Frankreichs bei der Besetzung wichtiger internationaler Ämter und die demgegenüber eher mäßigen deutschen Erfolge mit der Geringschätzung von Auslandstätigkeiten in Deutschland und einem Mangel an geeigneten Kandidaten erklärt. Während es den Franzosen leicht fällt, ehemalige hochrangige Politiker oder an Eliteschulen ausgebildete, international erfahrene Diplomaten für die Leitung internationaler Organisationen vorzuschlagen, wirken deutsche Kandidaten nicht selten wie blasse Verlegenheitslösungen.

Ganz anders als in Frankreich besteht in der deutschen Politik und Verwaltung die Furcht, ein Auslandsaufenthalt gefährde die spätere Karriere im Heimatland, heißt es bei Diplomaten. Personalberater berichten, daß mittlerweile auch in Teilen der Privatwirtschaft eine vergleichbare Einstellung zu beobachten sei. Vor ein paar Jahren wurde kurz erörtert, ob nicht auch einmal ein Deutscher die prestigeträchtige Führung des Internationalen Währungsfonds übernehmen solle. Das Thema erledigte sich schon alleine deshalb, weil kein präsentabler deutscher Kandidat gefunden werden konnte. Als Attalinoch die EBRD leitete, suchte er händeringend eine Reihe international verwendbarer deutscher Banker für höhere Positionen innerhalb der Bank. Er fand keine.

FAZ, 7. November 1997

Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Paris bei der Nominierung internationaler Beamter

Immer wieder haben Bonn und Paris ihre Absicht bekundet, gemeinsame diplomatische Strukturen zu schaffen. Aber bis heute ist es bei der lobenswerten Absicht geblieben, ohne daß es zu konkreten Ergebnissen gekommen wäre. Beide Länder haben erhebliche Verständigungsschwierigkeiten, wenn es um die Ernennung internationaler Beamter geht. Es gibt wenige Bereiche, wo die nationalen Empfindlichkeiten stärker und das gegenseitige Mißtrauen größer sind.

Ein besonders gutes Beispiel ist das der zukünftigen europäischen Zentralbank (EZB). Paris und Bonn haben sich immer noch nicht über den zukünftigen Präsidenten dieser Institution verständigt, der ab dem 1. Januar 1999 die Geldpolitik in der Eurozone führen soll. Da sie der traditionellen französischen Geldpolitik äußerst ablehnend gegen-

überstehen, haben die politischen Führer in Deutschland rundheraus deutlich werden lassen, daß sie auf diesem Posten den Niederländer Wim Duisenberg sehen wollen, den gegenwärtigen Präsidenten des Europäischen Währungsinstituts (EWI). Der französische Präsident Jacques Chirac hat seinen Standpunkt mit ähnlicher Klarheit vorgebracht: er glaubt, daß Wim Duisenberg durch ein mitteleuropäisches Bankierskomplott an die Spitze des EWI kam und daß der Kandidat der Deutschen, der nicht fließend französisch spricht, Paris nicht nahe genug steht. Am Sitz des französischen Premierministers, dem Hotel Matignon, hört man ähnliches. Seitdem er am 1. Juli die Präsidentschaft des EWI übernommen hat, hat sich Wim Duisenberg mit keinem einzigen politischen Entscheidungsträger in Frankreich getroffen, hört man in Paris.

Frankreich in der Isolation

Es ist sehr wahrscheinlich, daß Frankreich an einem französischen Kandidaten bis zur europäischen Ratssitzung Anfang 1998, bei der das Führungspersonal (der Präsident und die sechs Mitglieder des Direktoriums) der EZB ernannt werden, festhalten wird. Dabei sind drei Franzosen im Rennen: Jacques de la Rosière, Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Jean-Claude Trichet, Gouverneur der Bank von Frankreich, und Michel Camdessus, Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds - letzterer scheint der Kandidat des Elysée zu sein.... Auch die Deutschen wollen auf alle Fälle an ihrem Kandidaten festhalten. Sie glauben, daß Frankreich allzu lange wichtige internationale Posten monopolisiert hat. Wie oft hat man nicht in der deutschen Presse gelesen, daß die Franzosen Eurostat „kontrollieren“ (das Amt für Statistik der EU-Kommission), das in der Tat von einem Franzosen geleitet wird (Yves Franchet). ... Bonn versucht außerdem seit einigen Monaten die

Ernennung eines Deutschen als Stellvertreter Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) durchzusetzen. Der deutsche Kandidat ist ein Abteilungsleiter aus dem Wirtschaftsministerium, Gerhard Funk-schmidt, ein Unbekannter im Milieu der hohen internationalen Beamtenschaft. Der französische Kandidat, Jean-Claude Milleron, ehemaliger Direktor der INSEE, war bereits Stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen unter Boutros-Ghali.

Wir wollen auch an ein geheimes Dokument aus neuerer Zeit erinnern, das von den Außenministern beider Länder unterzeichnet ist (siehe „Le Monde“ vom 22. Mai), in dem die Mißverständnisse zwischen Bonn und Paris beklagt werden und zu gemeinsamem deutsch-französischem Handeln aufgerufen wird. Anscheinend funktioniert das nicht.

Lucas Delattre, Le Monde vom 1.10.1997
(Übersetzung: H. v. Rohland)

Unverständnis über den Fall Eisele

Der Vertrag des „obersten Blauhelms“ wird wohl nicht verlängert

In New York wird mit Unverständnis registriert, daß Deutschland einen hohen Posten bei den Vereinten Nationen offenbar ohne große Not preiszugeben bereit ist. Der Vertrag des deutschen Generals Eisele - er leitet die weltweiten Blauhelmeinsätze seit 1995 als Beigeordneter Generalsekretär - endet mit Ablauf des Jahres. Da sich Eisele bei der Weltorganisation einen guten Ruf erworben hat, hohes Ansehen und überdies das Vertrauen Generalsekretär Annans genießt, wird allgemein angenommen, daß sein Vertrag von seiten der Vereinten Nationen verlängert würde. Weil Eisele aber vom Bundesverteidigungsministerium nur „ausgeliehen“ ist und Ende März das Pensionsalter erreicht, will ihn Bonn

dem Vernehmen nach in den Ruhestand versetzen. Käme es dazu, wäre eine Verlängerung des Vertrags in New York nahezu unmöglich, denn Annan will sich, wie einer seiner Sprecher sagte, in interne Angelegenheiten der Mitgliedstaaten auch bei Personalfragen nicht einmischen.

Hinter der Angelegenheit stecken nach Angaben von Diplomaten Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundesverteidigungsminister Rühle und dem General, weil sich Eisele wiederholte für einen stärkeren Beitrag Deutschlands an UN-Aktionen ausgesprochen hat. Rühle hingegen zeigte sich in der Vergangenheit Blauhelm-Aktivitäten ge-

genüber eher skeptisch. Der Kontakt zwischen dem Minister und dem General wird als dürftig beschrieben, selbst in dieser Angelegenheit sei bisher kein Gespräch geführt worden. Weder Eisele noch das Verteidigungsministerium äußern sich zu der Sache detailliert. Von der Hardthöhe hieß es lediglich, man wolle zu Personalfragen nicht öffentlich Stellung nehmen.

Da es bei den UN keine „Erbhöfe“ gibt, verlöre die Bundesrepublik den Zugriff auf diesen hohen Posten in New York, obwohl die Abteilung gerade mit der weltweiten Minenräumung betraut worden ist - ein Thema, bei dem sich Deutschland letzthin sehr engagiert gezeigt hat. Andere Staaten, heißt es bei den UN, würden eine derart einflußreiche Position mit allen Mitteln verteidigen. Auch der Vorsitzende des Unteraus-

schusses Vereinte Nationen im Bundestag, Brecht (SPD), bedauert, daß „die Bundesregierung Eisele offenbar nicht genügend unterstützt hat, damit er seine Arbeit fortsetzen kann“.

Zusammen mit dem UN-Sonderbeauftragten für Afghanistan, dem Deutschen Holl, der gerade seinen Rückzug für Ende des Jahres angekündigt hat, verlöre Deutschland auf einen Schlag zwei hohe Posten bei der Weltorganisation. Die Lücke könnte sich zum Teil mit der Berufung Töpfers als Direktor der UN-Umweltbehörde (UNEP) wieder füllen lassen. Darüber ist aber noch nicht endgültig entschieden, weil Töpfer bisher nicht offiziell zugesagt hat und er überdies von der Vollversammlung bestätigt werden müßte.

FAZ, 3. November 1997

Der praktische Tip

Schulfragen

Sie machen sich Gedanken, wie die Ausbildung Ihrer Kinder erfolgen kann, entweder weil Sie eine Tätigkeit in einer anderen internationalen Organisation anstreben oder wegen einer Versetzung in ein Außenbüro? Folgende Adressen und Bücher können Ihnen weiterhelfen.

1. Ein wichtiger Ansprechpartner für Schulfragen rund um den Globus ist das

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle Auslandsschulwesen
Barbara-Str. 1
D-50728 Köln

Web:
<http://www.auslandsschulwesen.de/zfa>
(Allgemeines; Index)

http://www.auslandsschulwesen.de:80/zfa/email_schulen.htm (Schuladressen)

Das von der ZfA herausgegebene Nachschlagewerk *Auslandsschulverzeichnis* (ISBN 3-19-029095-4; Max-Hueber-Verlag, D-85737 Ismaning) enthält Adressen, Schulpläne und andere nützliche Informationen.

2. Eine Vereinigung, die 450 internationale Schulen in über 90 Ländern betreut, ist der

European Council of International Schools
21 Lavant Street
Petersfield
GB- Hampshire GU32 3EL
Tel. (+44 1730) 268.244
Web: <http://www.ecis.org>

Die jährlich erscheinenden Nachschlagewerke *ECIS International Schools Directory* sowie *ECIS Higher Education Directory* können auch über <http://www.ecis.org/directories/index.htm> konsultiert werden.

Deutsche Schule
Avenue de Châtelaine 95
CH-1219 Genf
Tel. (+22 41) 796.7403
E-Mail: vw1.dsg@gkb.com
Web: <http://gkb.com/ch/dsgenf>

3. Fernlehrgänge gibt es bei:

ILS (Institut für Lernsysteme GmbH)
Fernlehrwerk für deutsche Schüler im Ausland
E-Mail: kursinfo@bertelsmann.de
Web: <http://www.ils.de>

International School of Geneva
Route de Chêne 62
CH-1208 Genf
Tel. (+41 22) 736.7130
E-Mail: isamuel@ecolint.ch
Web: <http://www.ecolint.ch>

Lycée international
Avenue des Sports
B.P. 159
F-01210 Ferney-Voltaire
Tel. (+33) 450.400000
Web: [neue Adresse wird dieser Tage mitgeteilt]

4. Für den Genfer Raum sind die nachstehenden Kontaktadressen von Interesse:

Leserbrief:

Sehr geehrter Herr Creutz,

endlich kann ich mich als vollwertiger Bundesbürger an Sie wenden, um mich bei Ihnen für die Unterstützung bezüglich der Aufnahme in die Pflicht-Pflegeversicherung zu bedanken. - Während meine früheren Anläufe ergebnislos blieben, beseitigte mein Hinweis (mit Übersendung entsprechender Fotokopie) auf das mir von Ihnen zugesandte Schreiben der Geschäftsführung des Verbandes der Privaten Krankenversicherungen vom 11. 4. 1997 die bisherigen Hindernisse. Ich hatte mich an mehrere Privatkrankenkassen gewandt, die alle behaupteten, von besagtem Schreiben erstmals in Kenntnis gesetzt zu werden. (...)

Die nunmehrige Aufnahme von meiner Frau und mir in eine private Pflegeversicherung - DKV - verdanke ich letztendlich den Bemühungen des VDBIO und nicht zuletzt Ihnen für die Übersendung einer Kopie des alle Hindernisse hinwegräumenden Schreibens der Geschäftsführung des Verbandes der Privaten Krankenversicherungen vom 11. 4. 1997.

Mit meinem bestem Dank und mit freundlichen Grüßen,

gez. August Reichensperger

Und nun einmal etwas ganz anderes!

Sie kennen den VDBIO als einen Verband, der für Ihre Rechte kämpft und die Verbesserung Ihrer Dienstbedingungen durchsetzen will. Heißt das, daß die deutschen Bediensteten bei Internationalen Organisationen keine anderen Interessen haben? Haben wir, als VN- und CERN-Mitarbeiter, nicht eine besondere *persönliche* Verpflichtung, am Kampf gegen Armut und Unterentwicklung mitzuwirken?

Eine kleine Gruppe unserer Kollegen der VN und des CERN war jedenfalls dieser Auffassung und gründete im Jahre 1976 den Fonds "1% für Entwicklung". Die Mitglieder verpflichteten sich, regelmäßig ein Prozent ihres Bruttogehaltes in einen Fonds einzuzahlen, aus dem kleinere Entwicklungsprojekte finanziert werden. Heute hat die Gruppe 300 Mitglieder in Genf und unabhängige "Ableger" in Rom, New York und Wien. Bis heute wurden etwa 380 Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika finanziert. Der Fonds nimmt in Genf jedes Jahr 250.000 Schweizer Franken ein und finanziert damit um die 20 Projekte. Es fallen keine Verwaltungskosten an, weil der Fonds ehrenamtlich geleitet wird und die verschiedenen Organisationen logistische Unterstützung gewähren.

Projekte

Der Fonds hilft Gruppen unterprivilegierter Menschen, ihre Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen. Der Beitrag des Fonds ermöglicht diesen Gruppen, ihre von ihnen selbst geplanten Projekte zu verwirklichen. Die Antragsteller müssen ein Dokument vorlegen aus denen die Ziele und Aktivitäten des Projektes klar hervorgehen. Weiterhin muß die Gruppe sich selbst an der Finanzierung des Projektes beteiligen. Der Fonds hat eine Reihe strikter Auswahlkriterien erarbeitet, so daß nur etwa jedem zehnten Finanzierungsantrag letztendlich stattgegeben wird.

Der weitaus größte Teil der Gelder wird für einkommenschaffende Maßnahmen und für Dorfentwicklung verwendet.

Machen Sie mit!

Es gibt wohl kaum eine bessere Möglichkeit als die Mitgliedschaft im 1% Fonds, eine zweckgemäße Verwendung von Spendengeldern sicherzustellen.

Der Fonds eröffnet uns die Möglichkeit, einen kleinen Teil unseres Gehaltes für konkrete Entwicklungshilfe auszugeben und persönlich an der Auswahl und Betreuung von Projekten teilzunehmen.

Das dem Fonds gespendete Geld wird hundertprozentig für Projekte verwendet. Es gibt keine Verwaltungskosten.

Die verhältnismäßig bescheidenen Beiträge des Fonds (in keinem Fall mehr als 20.000 Sfr je Projekt) dienen lediglich dazu, einen Anstoß zur Selbsthilfe zu geben, ohne die Eigeninitiative der Empfänger zu beeinträchtigen.

Für weitere Informationen, oder wenn Sie Mitglied des Fonds werden möchten, wenden Sie sich bitte an:

1% for Development Fund
Room A-825
Palais des Nations
1211 Genève 10

oder an folgende Kontaktpersonen:

CERN Konrad Elsener	767 44 67	ILO
Jürgen Schwettmann	799 77 05	IOM
Régina Boucault	717 92 42	UN
Raymonde Martineau	907 21 27	HCR
Christophe Beau	739 82 33	WHO
Janet Clevestine	791 25 09	WTO
Maria Rose Perrin	739 50 41	

VDBIO-Mitglieder in Rom, New York oder Wien wenden sich bitte an:

New York:

U.N.
Office DC2-774
USA - New York 10017
Email:
hille@un.org
Fax: (212) 963 9162

Rom:

FAO
C.P. 64154
I - 00153 Rome
Email:
One-PerCent-Fund@FAO.org
Fax: (396) 522 53 152)

Wien:

IAEA
P.O. Box 200 - Office A-2642
A - 1400 Vienna
Email:
delves@nepol.iaea.or.at
Fax: (431) 211 31 68 02)

Letzte Meldung

(„Handelsblatt“ vom 24.11.1997)

UNO / Generaldirektor Maria y Campos sicher

Bonn bleibt Unido treu

HANDELSBLATT, Montag, 24.11.97 afp
WIEN. Deutschland wird die Uno-Organisation für industrielle Entwicklung (Unido) nach Angaben von deren Generaldirektor Mauricio de Maria y Campos doch nicht verlassen. Deutschland habe sich entschlossen, nicht dem Austritts-Beispiel der USA zu folgen, sagte der Mexikaner am Montag in Wien. Bonn werde diese Entscheidung in den nächsten Tagen offiziell bekannt geben.

Maria y Campos hatte Deutschland im April scharf kritisiert, nachdem in Bonn beschlossen worden war. Extrazahlungen an die Unido auszusetzen. Nach dem Austritt der USA Ende Dezember wurde Deutschland zum zweitwichtigsten Beitragszahler der Organisation. Den höchsten Beitrag leistet Japan. Der Sprecher des Bonner Entwicklungshilfemini-

steriums (BMZ), Leo Kreuz, wollte diese Angaben weder bestätigen noch dementieren. Das BMZ hatte im Sommer den Austritt Deutschlands aus der Unido befürwortet. Die 1966 gegründete Organisation, die ihren Sitz in Wien hat und 168 Mitgliedsstaaten umfaßt, hatte in der vergangenen Woche einen Haushalt über 129,5 Mill. \$ für das kommende Jahr verabschiedet und damit den Etat gegenüber dem Vorjahr um 20% reduziert. Deutschland hatte Kürzungen des Etats zur Bedingung für einen Verbleib in der Organisation gemacht. Kreuz sagte: „Es ist nicht die Zuständigkeit des scheidenden Generaldirektors“, sich zu dieser Frage in irgendeiner Art zu äußern. „Das machen wir.“ Die Organisation unterstützt die Industrialisierung in der Dritten Welt und die industrielle Zusammenarbeit zwischen Entwicklungs- und Industriestaaten.

